

Rourkela, eine neue Stadt in Indien

Autor(en): **H.M.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Bauzeitung**

Band (Jahr): **76 (1958)**

Heft 44

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-64076>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Während wir bei uns nur noch in kleinem Kreise theoretisch über die «neue Stadt» diskutieren und — wenn es hoch kommt — vielleicht Pläne für eine mögliche Neugründung ausarbeiten dürfen, mussten andere Staaten angesichts der ständigen und stetigen Vermehrung der Bevölkerung bereits dazu übergehen, neue Städte tatsächlich zu bauen. In Indien ist der Bau von Chandigar, der von Le Corbusier betreut wird, schon weit fortgeschritten. Ausserdem wurde eine neue Stadt Rourkela für 100 000 Einwohner in Angriff genommen, die dort im Auftrag des indischen Staates gebaut wird. Die deutschen Firmen *Friedr. Krupp* und *Demag* bauen an einer heute noch unbedeutenden Bahnstation ein Stahlwerk, welches im Endausbau jährlich 1 000 000 t Rohstahl erzeugen soll. In diesem konkreten Bauauftrag war der Generalbebauungsplan der Stadt eingeschlossen, der von Dipl.-Ing. Konrad Steiler, Geschäftsführer der Kleinwohnungsbau Krupp GmbH, mit seinen Mitarbeitern W. Bäcker, C. Coupette, H. Feldhusen und H. Teschner, Diplom-Ingenieure, ausgearbeitet worden ist. Die neue Stadt liegt etwa 450 km westlich von Kalkutta (Bild 1) in unmittelbarer Nähe bedeutender Erzvorkommen. Die Gegend — ein ziemlich ebenes Busch- und Steppengebiet — zählte bisher zu den unentwickelten Gebieten des Landes.

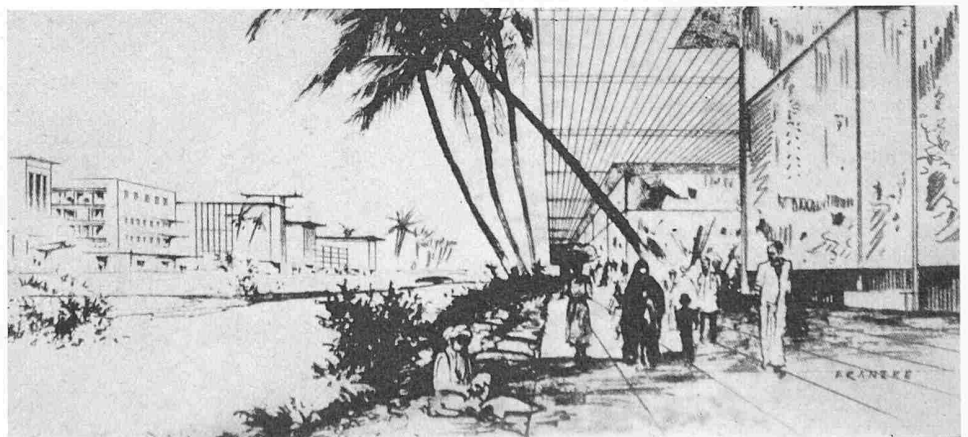
Der Entwurf für die neue Stadt sieht eine konsequente Trennung der Arbeitsgebiete von den Wohn- und Erholungszonen vor (Bilder 2 und 3). Bahn und Hauptstrasse sowie eine Hügelkette bilden die wünschbare Zäsur. Die Wohnzone ist in zwanzig Kompartimente aufgeteilt, die je etwa 5000 Einwohnern fast ausschliesslich in alleinstehenden Einfamilienhäusern Raum bieten wird. Diese Wohnform (Bild 4) wurde aus klimatischen Gründen gewählt. Die einzelnen Quartiere sind in Grün gebettet.

Eine in einer rd. 200 m breiten Grünzone geführte Ringstrasse, die notwendigerweise zwei Einschnitte der Hügelkette benützt, wird die Wohn- und Arbeitsgebiete miteinander verbinden. Der äusserste Rand der Wohnzone liegt in der Regel nicht mehr als 15 Gehminuten von dieser Hauptverkehrsader entfernt. Die genannte Grünzone, die in der Längsaxe verläuft, bildet das Rückgrat der Stadt, welches in etwas exzentrischer Lage auch das Zentrum mit Verwaltungs-, Geschäfts- und Ladenbauten enthält. In diesem Bereich wird der Fahrverkehr vom Fussgängerverkehr völlig getrennt, indem nämlich Zufahrt und Zubringerdienst der Bauten von rückwärtigen Anliegerverkehrsstrassen zu erfolgen hat. Das Stadtherz ist also nur für Fussgänger reserviert. Im nördlichen Teil des Zentrums sind die kulturellen Bauten platziert worden.

Das Verkehrssystem ist sehr einfach entworfen worden. Von der Ringstrasse, die den öffentlichen Verkehr aufnimmt, führen Erschliessungsstrassen in die Wohngebiete. In den Quartieren verästeln sich diese zu Wohnsträsschen, die so angelegt werden sollen, dass sich auf ihnen kein Durchgangsverkehr entwickeln kann, wodurch die Ruhe gesichert bleibt. Für Fussgänger und Radfahrer ist ein selbständiges Netz im Grünen angelegt worden. Auf die Durchbildung der Grünanlagen wird grosser Wert gelegt.



Bild 1. Die Lage der neuen Stadt



Die in Essen angefertigten Pläne, die auch Einzelheiten über den Ausbau der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung enthalten, wurden dem Auftraggeber Ende 1955 abgeliefert. Im Frühjahr 1956 hat man mit dem Bau begonnen; bis jetzt sind schon drei Wohnbereiche fertiggestellt (Bild 5). H. M.

Schweizerischer Verein

DK 061.2:662.764

von Gas- und Wasserfachmännern (SVGW)

Vom 4. bis 6. Oktober 1958 hielt der SVGW unter dem Vorsitz seines Präsidenten *M. Schenker*, dipl. Ing., Neuenburg, in Genf seine 85. Jahresversammlung ab, an der rd. 300 Mitglieder und Gäste sowie viele Damen teilnahmen.

In einer ersten Sitzung am Samstagnachmittag wurden die statutarischen Geschäfte behandelt. Anschliessend sprach Professor *Pierre Pellerin* vom Institut National d'Hygiène in Paris über

Die Radioaktivität und die Trinkwasserversorgung

Die radioaktiven Abfallprodukte treten in festem, flüssigem und gasförmigem Zustand auf. Die flüssigen Rückstände sind zweifellos die gefährlichsten, da sie unmittelbar das Trinkwasser und das für Bewässerungen verwendete Wasser vergiften können. Ausserdem führen auch die festen und gasförmigen Rückstände meistens zu Vergiftungen des Wassers, da sie sich auflösen oder mit den Niederschlägen vermengen. Die Unternehmen, die sich mit der Isotopentrennung beschäftigen, bringen die grösste Gefährdung der Öffentlichkeit mit sich. Das Abwasser solcher Betriebe kann täglich 10 und mehr Curie enthalten. Der Anfall radioaktiver Aerosole als Folge der Nuklearexperimente ist heute zu einer Dauererscheinung geworden. Sie vergiften unter anderem das Wasser der Flüsse, welche die Landstriche entwässern, über denen solche Experimente stattgefunden haben. Die grossen atomischen Versuchslaboratorien erzeugen ebenfalls eine Menge flüssiger radioaktiver Rückstände, die nicht vernachlässigt werden kann; ihre Natur ist je nach der Art der Versuchsarbeiten sehr unterschiedlich. Die Atomkraftwerke, die elektrische Energie erzeugen, sowie die industrielle Verwendung radioaktiver Elemente bewirken keine nennenswerten Gewässervergiftungen. Die diagnostische Verwendung radioaktiver Elemente in den Spitälern hat einen nur unbedeutenden Einfluss auf das Abwasser; hingegen hat ihre therapeutische Verwendung spürbare Folgen.

Für die Reinigung des radioaktiven Abwassers stehen mehrere Verfahren zur Verfügung, so unter anderem die Konzentration durch Verdampfung und die Bindung mittels Calciumphosphat. Die Entgiftung ist jedoch nie vollständig; gewisse Reste gelangen immer mit dem gereinigten Abwasser in die Flüsse. Nun beruht die Wasserversorgung einer grossen Zahl von Siedlungen unmittelbar auf Grundwasser- oder Flusswasserwerken. Es stellt sich daher die überaus wichtige Frage, welches Mass an Radioaktivität mit der Gesundheit der Bevölkerung vereinbar ist. Die Commission internationale de

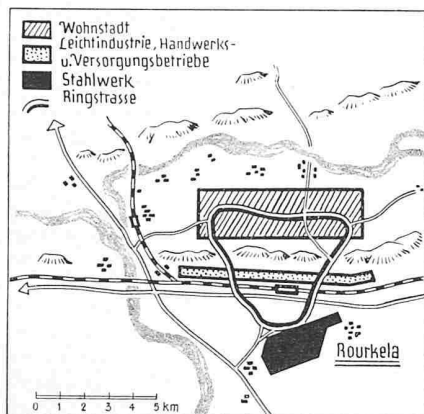
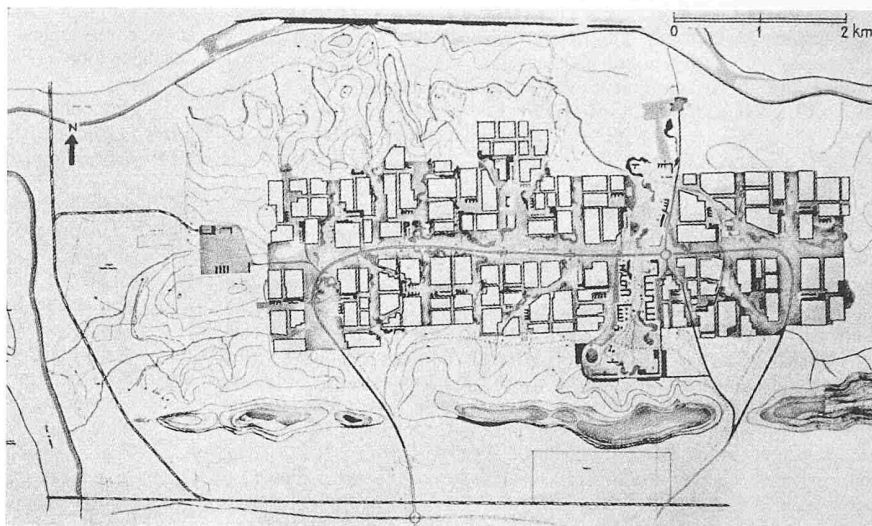


Bild 2. Rourkela, Schema 1:300 000
Bild 3 (rechts). Bebauungsplan 1:85 000



Protection contre les Radiations beschäftigt sich mit der Bestimmung der für Trinkwasser zulässigen Radioaktivität. Sie hat zahlreiche Normen aufgestellt; die Vorschriften werden immer wieder revidiert; es besteht die Tendenz, sie weiter zu verschärfen.

Die mit radioaktiven Stoffen arbeitenden Unternehmen sind zu einer grossen Zahl laufender Kontrollen verpflichtet; dazu gehören die chemische Analyse des Abwassers, die regelmässige Kontrolle des Wassers der Flüsse, in die die Abwässer geleitet werden, und zwar sowohl oberhalb wie unterhalb der Abwasserzuleitung. In Frankreich müssen die Ergebnisse dieser Kontrollen dem Service Central de protection contre les radiations zugestellt werden, der sie überprüft und durch eigene Messungen in allen Landesteilen ergänzt. Die zur Zeit in Frankreich vorgenommenen Messungen haben ergeben, dass die bestehenden Sicherheitsvorschriften ausnahmslos eingehalten werden. Bei der Beurteilung von Messresultaten müssen zahlreiche sekundäre Faktoren berücksichtigt werden. So ist es möglich, dass die radioaktiven Substanzen in gewissen begrenzten Anschwemmungen, in gewissen Pflanzen oder tierischen Organismen konzentriert sind. Bei der Ueberwachung muss daher auf die Besonderheiten einer jeden Anlage Rücksicht genommen werden. Ausserdem darf auch die natürliche Radioaktivität der Flüsse nicht vernachlässigt werden.

Man kann damit rechnen, dass im Jahre 1975 in Europa rund 100 t Kernspaltstoff für Energieerzeugung verwendet werden. Die aus den Reaktoren entfernten Uraniumstäbe werden über grosse Distanzen transportiert werden müssen. Eine ausserordentlich strenge Kontrolle in gesamteuropäischem Rahmen wird daher unerlässlich sein. Schwierige Probleme ergeben sich auch aus der Tatsache, dass die Radioaktivität der Flüsse sich summiert, wenn ihnen verschiedene Abwässer zugeleitet werden. Die Abwasserkontrolle bedingt daher eine enge Zusammenarbeit aller Anliegerstaaten. Grosse Sorgfalt muss auch der Kontrolle der Lagerung des radioaktiven

Schlammes gewidmet werden, um eine fortschreitende Vergiftung des Grundwassers zu verhindern.

*

Der Samstagabend war einer geselligen Unterhaltung im Grand Casino Kursaal vorbehalten, der in jenem beim SVGW traditionellen, festlichen Stil verlief und u. a. durch eine Ansprache des energiegeladenen Genfer Staatsratspräsidenten Jean Dutoit bereichert wurde.

Am Sonntagmorgen sprach der Vereinsvorsitzende eingehend über die derzeitige Lage der schweizerischen Gasindustrie, die sich durch eine konstante und stabile Entwicklung auszeichnet. Als technische Neuerung wurde die in der ganzen Welt vielbeachtete und bisher einzig dastehende Gasentgiftungsanlage in Basel besonders hervorgehoben. Der Präsident äusserte sich ferner über die Gegenwartsprobleme der Wasserversorgungen unseres Landes, die grosse Anstrengungen unternehmen, um den stets wachsenden Bedarf an einwandfreiem Trinkwasser zu befriedigen. In Fortsetzung einer bewährten Tradition wurde dieses Jahr an 78 Angestellte und Arbeiter ein Diplom für ihre 25jährige Tätigkeit in einem Gas- oder Wasserwerk überreicht. Besondere Erwähnung verdienen die Ehrungen von R. Stoffel, dipl. Ing., Direktor des Verbandes Schweizerischer Gaswerke, und von Ing. L. Lévêque, Betriebsleiter des Gaswerks Genf.

Im Mittelpunkt der Sitzung stand ein Vortrag von Prof. Dr. Henri Rieben von der Universität Lausanne über

Die Entwicklung der Energiewirtschaft in der Schweiz

Der unmittelbare wertmässige Beitrag der europäischen Energiewirtschaft an die ganze westeuropäische Produktion ist verhältnismässig klein; er beträgt nicht mehr als 6 % des Bruttosozialprodukts. Nur ein geringer Bruchteil der wirtschaftlich tätigen Bevölkerung ist in der Energiewirtschaft beschäftigt, nämlich nur 1,8 %, davon die grosse Mehrzahl im Kohlenbergbau. Wenn man indessen diesen kleinen Zahlen den Anteil der Energie an den gesamten Aufwen-

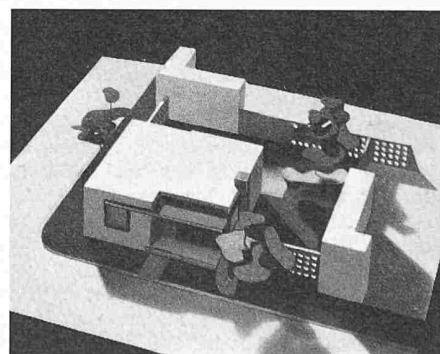
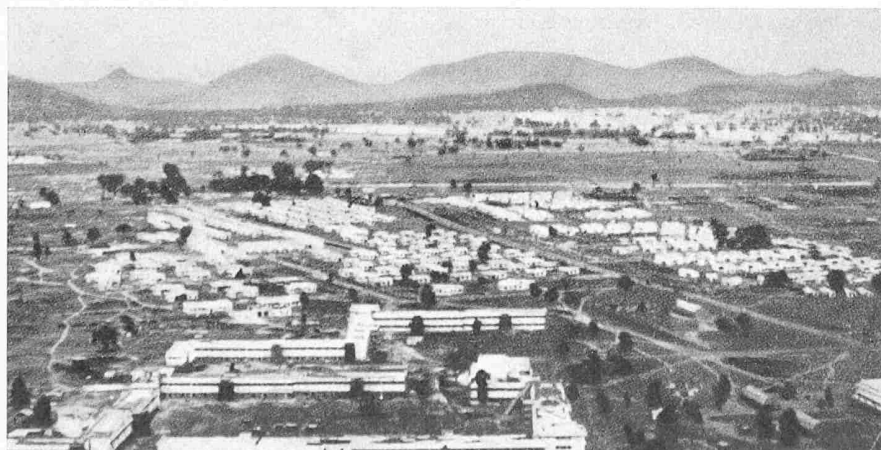


Bild 4. Arbeiterhaus
Bild 5 (links). Bauzustand 1957